

Chinas Wandel?

von Karim Khayal



Am 13. Mai 2010 durften wir den Journalisten und Chinakenner, Herrn Shi Ming, im Allerweltshaus begrüßen. Herr Ming, ein gebürtiger Pekinger, ist freier Publizist und arbeitet unter anderem für die Deutsche Welle. Das Thema des Vortrags, war die Bewegung in China zu mehr Menschenrechten und Reform und ob es dort überhaupt Veränderungen gäbe. Der Vortrag wurde von Julia Schoenfeld moderiert. Nach dem Vortrag, erfolgte eine rege und interessierte Diskussion mit Herrn Ming.

Der Vortrag

Herr Shi Ming betonte zuerst, dass die Menschenrechtslage in China immer noch sehr schwierig sei. Zum Beispiel, einen Antrag genehmigt zu bekommen. Ein Beispiel dafür sei, dass die Polizei in China sofort Gruppen festnehme, die angeblich keine Genehmigung zur Versammlung hätten. Auch leide die Pressefreiheit in China unter der Zensur. Herr Ming erklärte jedoch, dass es in China Veränderungen gäbe, ohne dass die gesellschaftliche Situation sich durch diese Veränderungen von Grund auf geändert hätte. Als Beispiel gab Herr Ming an dass, falls ein Bürger sich heute dem Dalai Lama gegenüber positiv äußern würde, dies im Gegensatz zu früher kein Grund mehr sei ihn zu verhaften. Doch greife die Regierung, um Diskussionen zu verhindern, auf die Zensur ganzer Themen zurück. Gäbe es etwa in Tibet Unruhen, würde dies oft nicht einmal in den Nachrichten erwähnt. Herr Ming nannte dies eine Änderung ohne Verbesserung.

Herr Ming erzählte, dass eine Veränderung in der Gesellschaft der Versuch von Rechtsanwälten sei, ihre Mandanten, die durch eine politische Regierungskampagne gegen „Korruption“ in Haft geraten waren, wieder frei zu bekommen. Herr Ming erzählte von dem Fall eines reichen Mannes, der verhaftet wurde aufgrund der Anklage, dass er der Kopf einer kriminellen Bande sei. Der Mann engagierte für etwa 170.000 Euro einen Staranwalt, der ihn verteidigen sollte. Doch dann wurde der Anwalt, bevor er eine Chance hatte überhaupt mit seinem Mandanten zu reden, selber verhaftet, und beschuldigt seinen Mandanten zur Falschaussage genötigt zu haben. Doch trotz der Anklage gegen den Anwalt, fanden alle Gespräche, die nicht stattgefunden hatten, notwendigerweise unter Überwachung des Polizeistaates statt. Trotz allem wurde der Anwalt zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt, dies löste einen Skandal in China aus. Der chinesische Staat schickte so ein Signal, dass Geld und Einfluss nicht vor einer Verhaftung retten können. Es sei trotzdem meist nur für Menschen

mit viel Geld möglich einen guten Anwalt zu erlangen, und selbst dann sei ein Freispruch selten. So sei die Situation also, mit westlichen Augen gesehen, anders aber nicht unbedingt besser. Es passiere daher oft, dass deutsche Medien und Politiker all zu schnell vom Fortschritt sprächen. Die Ratifizierung der UN-Konvention zum Schutz der Bürger, durch die chinesische Regierung, sei bis jetzt noch nicht gelungen, auch aufgrund der endemisch verbreiteten Praxis der Folter. Ein weiterer Grund sei der Kampf der Regierung gegen die „Kriminalität“ und die damit einhergehende Abstempelung von Menschen.



Herr Ming sprach nun von den Veränderungen in China, und nannte sie einen Bewusstseinswandel. Die Veränderung sei insbesondere, die weit verbreitete Diskussion über die Menschenrechte und die Beteiligung aller sozialen Schichten an dieser. Herr Ming nannte dies einen historischen Fortschritt. Die Diskussion über Menschenrechtsverletzungen sei offener und die Bereitschaft der Menschen darüber zu diskutieren größer. Dies

verhindere die Versuche der Obrigkeit die Diskussion über die Menschenrechte zu ihrer eigenen Gunst völlig zu verschweigen. Nur die ökonomischen und politischen Bedingungen ließen es zu, dass zum Beispiel Mitglieder der Gewerkschaften, die in China unfrei sind, über ihre Rechte und über Diskriminierung diskutieren könnten. Auch sei nach Statistiken jeder fünfte Chinese, also etwa 200 Millionen Menschen, mit dem Hepatitis-B-Virus infiziert und aufgrund der Wanderwege vieler Chinesen, mache dies eine Diskussion in China unumgänglich. Auch der Mangel an Vertretung, ähnlich wie bei den Gewerkschaften, zwang die infizierten Chinesen dazu, eine eigene Diskussion über ihre Lage in Gang zu setzen.

Herr Ming betonte, dass nicht nur die armen mittellosen Chinesen an der Diskussion beteiligt seien, sondern auch die Reichen. Sie setzten sich zum Beispiel stark für die Abschaffung der Todesstrafe ein. Ihr Gedanke sei, dass ihr Macht und ihr Geld sie eigentlich von der Todesstrafe befreien müsste. Besonders interessiert seien die Reichen zuerst an der Abschaffung der Todesstrafe für alle Wirtschaftsdelikte, danach für alle Sexualdelikte.

Der Grund, so Herr Ming, sei selbsterklärend. Doch sei daran wichtig, dass allein die Diskussion und das Verlangen nach internationalen Standards in der Justiz die politische Praxis verändere. Doch interessanterweise, verlangen die reichen Chinesen die Verschärfung der Todesstrafe gegen Gewaltdelikte. Ein Grund dafür sei, dass viele arme Chinesen zur Selbstjustiz an der Obrigkeit greifen, um sich ihr „Recht“ zu verschaffen. Herr Ming erzählt den Fall eines jungen Mannes, der 2008 in Shanghai fünf Polizisten mit einem Messer tötete. Trotz der Bluttat, fand er in der Bevölkerung und im Internet viel Zustimmung, und viele Menschen waren bereit gegen sein Todesurteil anzukämpfen. Der Zugriff vieler Chinesen auf die Selbstjustiz mache den Behörden Angst, da sie für sich das Privileg des Rechts und somit die Kontrolle der Justiz für sich beanspruchten.

Herr Ming erzählte von einem chinesischen Professor, der im Internet seinen Wunsch zum Ausdruck brachte, dass die Amerikaner doch China besetzen sollten, um die Chinesen von den Verletzungen ihrer Menschenrechte zu befreien. Laut Herr Ming, wird diese Meinung, obwohl stark überspitzt, auch von anderen Chinesen geteilt und spiegelt die Diskussion um die Menschenrechte in China wieder. Das dieses Thema Menschenrechte aus der städtischen Mitte nicht mehr wegzudenken ist, wertete Herr Ming als eine positive Veränderung. Doch Herr Ming erinnerte auch daran, dass oft Chinesen, etwa Träger des Hepatitis-B-Virus, nicht von der Regierung, sondern von anderen chinesischen Gruppen diskriminiert wurden. Etwa von Unternehmen, die eine Untersuchung von Bewerbern verlangten, und diese im Falle einer positiven Diagnose nicht einstellten. Auch gäbe es in China eine Diskriminierung der Wanderarbeiter, die ihre Kinder oft nicht in die Schulen schicken können

Herr Ming wertete es als positive Veränderung, dass die Diskussion über die Menschenrechte vom politischen ins humanistische gerückt war. Er begann nun, die Frage nach den Akteuren zu stellen, also denjenigen die sich hauptsächlich für die Menschenrechte in China stark machten. Er nannte unter anderem den berühmten chinesischen Künstler Ai Weiwei und den Präsidenten der chinesischen Schriftstellervereinigung, sowie den Autoren Liao Yiwu. Die von diesen Wenigen und anderen chinesischen Dissidenten ins Leben gerufene Charta 08, ein Manifest das Reform und Menschenrechte in China verlangt, wurde nach Herr Ming von schätzungsweise 11.000 Chinesen unterschrieben, obwohl die Regierung den Zugang zur Internetpetition blockierte. Herr Ming erinnerte, dass obwohl dies keine große Zahl war, verglichen mit der Chinesischen Bevölkerung, nahmen diese Menschen das Risiko auf sich ins Gefängnis zu gehen. Interessanterweise ergebe die soziologische Analyse, dass sich die Unterzeichner durch alle Gesellschaftsschichten zogen. Mit Blick auf die Annahme, dass nur Menschen unterschreiben würden, die sich durch die Regierung gefährdet sahen, musste man einsehen, dass sich diese Angst durch alle Gesellschaftsschichten zog. Interessanterweise wurde die Petition auch von vielen Wohnungsvermietern unterzeichnet, also Menschen mit Privilegien. Nach Herr Ming, sei diese Verbindung mit Aktivisten eine Einzigartigkeit in China. Herr Ming erinnerte an die Zerschlagung der Studentenbewegung in den 80er Jahren und, dass nach der Zerschlagung keine Intellektuellen mehr zu finden waren, die sich mit den Studenten und ihren Idealen verbündeten. Doch heute gebe es selbst Professoren, die in ihren Vorlesungen, die großen Aufklärer Europas, wie etwa Rousseau, darstellten und die Vorzüge ihrer Ideen, mit dem heutigen System Chinas verglichen. Einige dieser Professoren erlangten in China eine große Popularität. Eine andere Professorin lehre immer noch, obwohl sie in ihrer Vorlesung die Erfolge der Polen und Tschechen gegen ihre repressive Regierung mit der Niederschlagung der Studenten 1989 am Tiananmenplatz verglich.

Nach Herr Ming, sei die Bereitschaft der Menschen die Autoritäten zu hinterfragen und Initiativen zum Bürgerjournalismus zu gründen, sehr gewachsen. Obwohl die Regierung diese Journalisten oft festnahm, schaffte sie es nicht deren Initiativen vollständig zu unterdrücken. Herr Ming erzählte von dem Fall einer jungen Frau in Peking, die von 3 Funktionären bedrängt wurde, mit ihnen Sex zu haben und als die junge Frau sich weigerte, versuchten diese Gewalt anzuwenden. Doch die Frau schaffte es ein Messer an sich zu bringen, tötete einen der Funktionäre und verletzte einen weiteren schwer. Als die junge Frau danach von einem chinesischen Gericht schuldig gesprochen wurde und somit zu 2-5 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, reiste eine Gruppe von 200 Chinesen nach Peking und

organisierte ein selbstfinanziertes Pressezentrum. Sie schrieben an den Staatsanwalt, suchten die Familie der getöteten Beamten auf und veröffentlichten Berichte. Der Druck der Bürgerinitiative bewirkte am Ende, dass das Mädchen zwar schuldig gesprochen, aber nicht bestraft wurde. Dies zeige, so Herr Ming, dass die chinesische Regierung dem Druck der Bürger nicht mehr standhalten konnte.

Diskussion



Nach dem Ende des Vortrags, begann die Diskussion mit Herr Ming. Auf eine Frage, ob es auch Widerstand gegen die brutale Behandlung, besonders im Schlepptau des Antiterrorkrieges, der Uyghurmuslime gäbe, antwortete Herr Ming, dass

es besonders durch muslimische Diskutanten, die Anregung zur Diskussion gegeben habe. Dass, besonders im Schatten der Olympiade und im Anbetracht der Angst der Han-Chinesen vor den Muslimen, solch eine Diskussion von einer Minderheit angeregt wurde, wertete Herr Ming, auch gerade wegen der offiziellen Regierungspolitik, als Sensation. Auf eine Frage nach der Rolle des Internets im Kampf für die Menschenrechte, bestätigte Herr Ming die Wichtigkeit des Internets, betonte jedoch zwei Voraussetzungen zu seiner Nutzung, Zeit und Geld. Die Unterschicht habe kein Geld die Oberschicht wiederum keine Zeit. Bloß die Mittelschicht habe sowohl Zeit als auch Geld. Die Bauern müssten sich also ohne Hilfe von Twitter organisieren, doch auch die reichen Chinesen nutzten meistens die offiziellen Medien, da sie durch ihre Stellung Zugang zu diesen haben. Doch die Fälle die von Herr Ming im Vortrag erwähnt wurden, zeigten die Bereitschaft der chinesischen Mitte, das Medium Internet zu benutzen. Ein Zuhörer stellte die Frage, ob sich die chinesische Regierung durch ihren Wunsch Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, etwa dadurch als Gastgeber der Olympiade aufzutreten, nicht am Ende selber schade, da sie ja auch so mehr Kritik auf sich zog. Herr Ming antwortete, dass diese Frage etwas schwierig sei, doch müsse man eingrenzen, denn nicht jede Aufmerksamkeit sei willkommen und umgekehrt gleichfalls. Doch nach Herr Ming, sei es keinesfalls so, dass die meisten journalistischen Kollegen zur Olympiade gereist waren, um über Menschenrechtsverletzungen zu berichten. Die Olympiade sei für die meisten weitaus interessanter als die Verletzung der Menschenrechte. Doch seien auch wenige Chinesen zu den Reportern gekommen, um über Menschenrechtsverletzungen zu berichten, da die Medienpräsenz die Regierung dazu antrieb die Zensur und die Sicherheitsvorkehrungen stark zu verschärfen. Eine Besucherin stellte Herr Ming die Frage, ob er denn noch nach China reisen könne, oder ob dies für ihn gefährlich wäre. Herr Ming antwortete, dass er noch einer der moderaten Kritiker sei und es sei ihm bisher noch nichts passiert, doch könnte sich dies ändern. Es gäbe in China eine witzige Formulierung der Behörden: „zum Tee trinken kommen“. Bisher sei er schon einige Male „zum Tee eingeladen“ worden. Auf die Frage, ob die christliche Religion und ihre Ethik, angeregt durch die christlich chinesische Minderheit eine große Rollen im Kampf um Menschenrechte spiele, antwortete Herr Ming, dass auch buddhistische und konfuzianische Werte ihren Beitrag leisteten, doch sei die Orientierung der Diskussion eher an dem

internationalen Verständnis der Menschenrechte angelehnt und habe im ganzen weniger mit Religion zu tun:

Am Ende des Vortrags, erwies sich Herr Ming als enorm kompetenter Sachkenner Chinas und als ein Redner, der dem Publikum komplexe Zusammenhänge und Entwicklungen in China auf die bestmögliche und verständlichste Weise darlegte. Er wurde mit Applaus verabschiedet.

Fotos: Sebastian Albus